Kreistag des Landkreises Altenburger Land
Kreisausschuss

Niederschrift KA/43/2008

der 43. Sitzung des Kreisausschusses **- öffentlicher Teil -** am Montag, dem 01.09.2008, 16:00 Uhr, im Landratsamt Altenburger Land, Lindenaustraße 9, 04600 Altenburg, Ratssaal

---

Anwesenheit:

Landrat

Rydzewski, Sieghardt Landrat

Fraktion CDU

Melzer, Uwe
Ronneburger, Jürgen

Fraktion SPD

Schemmel, Volker

Fraktion Die Linke.Altenburger Land

Sojka, Michaele

Fraktion FDP

Heitsch, Hans-Jürgen i.V. für Herrn Schalla

Fachbereichsleiter

Boße, Ludger
Gräfe, Christine
Thieme, Ronny
Wenzlau, Bernd

Fachdienstleiter

Wecker, Martina

weitere Teilnehmer

Dütsch, Brigitte MA FD 10
Eichhorn, Angelika Büro Landrat

Vorsitz: Landrat Sieghardt Rydzewski

Schriftführung: Gudrun Benndorf

Beginn der Sitzung: 16:00 Uhr

Ende der Sitzung: 18:28 Uhr

Die öffentliche Sitzung war von 16:35 Uhr bis 18:25 Uhr zur Durchführung des nicht öffentlichen Teils unterbrochen.

Tagesordnung:

		Drucksachen Nr.
1	Genehmigung der Niederschrift über die 41. Sitzung vom 02. 06. 2008	
2	Informationen, Allgemeines	
2.1	Umsetzung der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23.10.2007 über öffentliche Personenverkehrsdienste auf Schiene und Straße und zur Aufhebung der Verordnungen (EWG) Nr. 1191/69 und (EWG) Nr. 1107/70 des Rates	IV/0023/2008
3	Vergabe von Lieferungen und Leistungen > 50.000,00 Euro, Gebäudeinnenreinigungsleistungen Roman Herzog-Gymnasium in 04626 Schmölln, H.-von-Helmholtz-Straße 18 und Schlossstraße 10	V-KA 43/01/2008
4	Vergabe von Lieferungen und Leistungen > 50.000,00 Euro, Lieferung und Einrichtung von Medienecken mit Anforderung an Schallpegel, Videoprojektoren, interaktive Whiteboards, Notebooks und Zubehör, Los 1 Medienecken, Notebooks, Zubehör	V-KA/43/02/2008

TOP 1 Genehmigung der Niederschrift über die 41. Sitzung vom 02. 06. 2008

Die Niederschrift wird bei zwei Stimmenthaltungen mehrheitlich genehmigt.

TOP 2 Informationen, Allgemeines

IV/0023/2008

TOP 2.1 Umsetzung der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23.10.2007 über öffentliche Personenverkehrsdienste auf Schiene und Straße und zur Aufhebung der Verordnungen (EWG) Nr. 1191/69 und (EWG) Nr. 1107/70 des Rates

Herr Thieme verweist auf das allen Ausschussmitgliedern vorliegende Informationsmaterial. Er erläutert, dass alle Leistungserbringer im öffentlichen Personennahverkehr bis 2010 bzw. 2012 ihre Konzessionen haben. Auch die THÜSAC fällt darunter, die alleiniger Konzessionsinhaber und Leistungserbringer im Landkreis ist. Die Konzession muss neu beantragt werden, voraus geht ein Vergabeverfahren entsprechend der EU-Verordnung.

Herr Thieme erläutert die 3 alternativen Vergabearten nach Verordnung (EG) Nr. 1370/2007, wie sie in der vorliegenden Informationsvorlage dargestellt sind.
Die Verwaltung schlägt vor, den Nahverkehrsplan zu überprüfen hinsichtlich der Durchführung einer Direktvergabe und zur Kreistagssitzung im Dezember einen Beschluss zu fassen zur Direktvergabe oder Ausschreibung. Wenn der Kreistag die Direktvergabe wählt, muss im nächsten Jahr eine Veröffentlichung im Amtsblatt der Europäischen Union erfolgen. Nach einem Jahr kann dann mit der THÜSAC ein Dienstleistungsvertrag für 10 Jahre geschlossen werden. Das ist dann die Voraussetzung, die neuen Konzessionen zu erhalten. Die Änderung des Personenbeförderungsgesetzes steht noch aus und auch vom Freistaat angekündigtes Material zur Verfahrensweise liegt noch nicht vor. Deshalb erfolgt auch die frühzeitige Information der Gremien, um Vorlauf zu haben und zeitig den Beschluss zu fassen.

Frau Sojka signalisiert ihre Zustimmung zur Direktvergabe und möchte wissen, ob die THÜSAC sich dann noch an anderen Ausschreibungen in anderen Gebieten beteiligen kann. Herr Thieme informiert, dass sich die THÜSAC nicht an Ausschreibungen beteiligen kann. Wenn z. B. die Gebietskörperschaft Landkreis Leipzig sich unserem Zweckverband anschließt, dann wäre es möglich. Einen Nachteil sieht er nicht, da die THÜSAC in den gleichen Gebieten tätig sein wird und evtl. noch Linien dazu bekommt, da durch die Landkreisreform in Sachsen größere Landkreise entstanden sind.

Der Landrat nimmt Bezug auf die Frage von Herrn Melzer vom 11. August zur Weiterführung des Regionalmanagements. Er verweist darauf, dass von Anbeginn klar war, dass dieses nachhaltige Projekt irgendwann in eine Phase kommt, wo es sich verselbständigt und keine weitere Förderung erfolgt. Insgesamt sind mehr als 600.000 € Fördermittel geflossen, welche genutzt wurden für viele Elemente der Wirtschafts- und Tourismusförderung. Im Vergleich dazu verfügt die Wirtschaftsförderung lediglich über 9 T€ freie Mittel. An den Projekten, die wir haben, wird weitergearbeitet, allerdings nicht an denen, die an Fördermittel gekoppelt waren. Was noch machbar ist, wird über den Fremdenverkehrsverband erledigt. Die Unterstützung der Unternehmensansiedlungen und die Vernetzung mit den Nachbarregionen werden fortgesetzt. Starke Konzentration wird auf die Nutzung der EU-Fördermittel gelegt. An der Unternehmensdatenbank und am Gewerbeflächenkataster muss weitergearbeitet werden und im Rahmen des Leistbaren wird auch die Beteiligung an Messen und Ausstellungen erfolgen. Momentan sieht der Landrat aber nur noch die Möglichkeit der Beteiligung an der „Grünen Woche“. Eine Stelle ist auf die Fortführung der Aufgaben des Regionalmanagements ausgerichtet, es entstehen keine Mehrkosten für den Landkreis.

Auf Nachfrage von Herrn Melzer antwortet der Landrat, dass keine zusätzliche Stelle für das Regionalmanagement geschaffen, sondern eine vorhandene Stelle umfunktioniert wurde.

Frau Sojka fragt an, ob die Heimbetriebsgesellschaft Schmölln aus dem Arbeitgeberverband austreten und nur noch Gastmitglied bleiben will. Das hat sie einer Protokollnotiz der Aufsichtsratssitzung vom 14. 02. 08 entnommen. Wenn das so sein sollte, erwartet sie, dass der Gesellschafter dazu Position bezieht. Auf alle Fälle geht es nicht, dass der Tarifvertrag während der Laufzeit einseitig gebrochen wird. Die tarifliche Steigerung ab April muss deshalb gelten, weil sie abgeschlossen wurde, als die Gesellschaft noch Mitglied im Arbeitgeberverband war. Wenn ein Haustarifvertrag verhandelt werden soll, dann kann das erst nach Ablauf des jetzigen Tarifvertrages

sein. Dazu gibt es aber weder im Aufsichtsrat noch in der Gesellschafterversammlung einen Beschluss. Sie möchte deshalb wissen, wie lange der Tarifvertrag für die Beschäftigten im Heim Löbichau gilt und warum die Erhöhungen seit April nicht gezahlt werden, obwohl die Gesellschaft schwarze Zahlen schreibt.

Der Landrat antwortet, dass Tarifangelegenheiten dem Aufsichtsrat obliegen. Die Geschäftsführung arbeitet z. Z. daran, Lösungsvorschläge zu unterbreiten. Der Tarifaufwuchs steigt wesentlich stärker als die Pflegekosten. Es besteht auch die Möglichkeit, dass der Aufsichtsrat sich an den Gesellschafter wendet und um einen Lohnkostenzuschuss bittet, wenn der Tarif so hingenommen wird. Der Landrat erinnert daran, dass auch die Angestellten des Landratsamtes für 5 Jahre einen Haustarifvertrag hatten und zurzeit mit den Mitarbeitern Verträge abgeschlossen werden zur freiwilligen Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich ab 2009. Wenn das nicht möglich wäre, müsste die Kreisumlage erhöht werden.
Frau Sojka fragt an, warum es keinen Anschlussvertrag gibt. Der Landrat antwortet, dass die Forderungen der Gewerkschaft dafür überzogen sind.

Herr Boße informiert, dass wir der letzte Landkreis waren, der lt. Ver.di die Voraussetzungen für einen Haustarifvertrag erfüllt hat. Lediglich der Landkreis Weimarer Land hat über 7 Monate (Mai 2007 - Jan. 2008) mit Ver.di verhandelt. Weil im Landratsamt eine zweite Gewerkschaft organisiert war, die den Tarifvertrag abgeschlossen hätte, bestand für Ver.di Zugzwang und es ist zum Abschluss gekommen.
Wir haben mit dem Personalrat und dem Vorsitzenden der Tarifkommission im Hause über den Abschluss von Einzelverträgen gesprochen. Das Angebot bezieht sich auf 2 Jahre und orientiert sich an dem bisherigen Haustarifvertrag.

Der Landrat erklärt, dass es mehrere Gesellschaften mit tariflichen Sonderregelungen gibt. Er stellt fest, dass im Gegensatz zu den gewerkschaftlichen Pressemitteilungen die Investitionen in der Gesellschaft nichts mit den Personalkosten zu tun haben. Auch im Fall der Heimbetriebsgesellschaft wird sich der Aufsichtsrat um Einvernehmen mit der Personalvertretung bemühen. Eine Lösung ist nur mit den Mitarbeitern möglich.

Frau Sojka fragt nochmals nach, wie es möglich ist, dass innerhalb der Laufzeit eines Tarifvertrages ein einseitiger Ausstieg möglich ist.
Sie stellt fest, dass es jetzt bereits im öffentlichen Dienst, speziell bei Lehrern, einen Fachkräftemangel gibt. Wenn der öffentliche Dienst sein Personal nicht vernünftig bezahlt, wird kein Nachwuchs mehr gefunden - egal in welchem Bereich. Dabei geht es ihr um die Beschäftigten des Landratsamtes genauso wie um die in den Gesellschaften.
Die Linke ist gegen Privatisierung nicht aus dem Grund, weil die Privaten etwas besser oder schlechter machen können, sondern weil sie will, dass es noch Menschen gibt, die unter einem Tarifvertrag ihre Arbeit ordentlich bezahlt bekommen.

Der Landrat entgegnet, dass dann für alle Gleichbehandlung erfolgen muss, auch für die Mitarbeiter der Kreisverwaltung. Dann muss Schluss sein mit Neueinstellungen für 38 Wochenstunden.

Frau Sojka bringt ihr Unverständnis darüber zum Ausdruck, dass es im Landratsamt keinen Anschlussvertrag gibt. Die Kreisumlage auf geringem Level zu halten ist für sie nicht das politische Ziel. Für sie ist es wichtig, dass Verträge gelten.

Der Landrat verweist darauf, dass in der Kreisverwaltung bereits zweimal Haustarifverträge geschlossen wurden, es aber nicht das Ziel sein kann, das so fortzusetzen. Deshalb ist es nun nach 5 Jahren Vertrag jedem Mitarbeiter freigestellt, verkürzt zu arbeiten. Ein Großteil nimmt das auch in Anspruch. Trotzdem gilt der Tarifvertrag. Für den Mitarbeiter ist es aber eine Einschränkung um 5 % und er muss trotzdem seine Arbeit zu 100 % erledigen.
Er erinnert daran, wie viel Personal in den letzten Jahren reduziert wurde und wie viel Personal durch Kommunalisierung hinzugekommen ist und trotzdem soll bei jeder Gelegenheit über das Personal geredet werden. Demnächst steht die in die Ausschüsse verwiesene SPD-Vorlage auf der Tagesordnung, wo alle kritischen Themen angesprochen werden. Der Landrat wird klar und deutlich vorschlagen, was abgeschafft werden kann und welche Konsequenzen es hat. Wenn es gewollt ist, wird der Landkreis nur noch verwaltet. Wenn wir etwas bewegen wollen, kostet es Geld und dazu brauchen wir auch engagierte Mitarbeiter.

Frau Sojka fragt die Fraktionsvorsitzenden, ob sich der Kreistag dem Beschluss des Aktionsbündnisses für den 13. September anschließen will. Sie hofft, dass eine machtvolle Gegendemonstration unter dem Motto „Altenburgs Zukunft ist bunt statt braun“ stattfindet. Die Nazis werden Altenburg als Aufmarschgebiet austesten und wenn es in diesem Jahr nicht geschafft wird, sie zu vergraulen, werden sie jedes Jahr hier präsent sein. U. a. haben sich Christoph Matschie und Bodo Rammelow angekündigt. Sie wird das Thema zur Kreistagssitzung ansprechen. Der Landrat schlägt vor, eine gemeinsame Erklärung der Fraktionen abzugeben. Frau Sojka regt an, dass sich die Fraktionsvorsitzenden vor der Kreistagssitzung dazu verständigen.

Herr Ronneburger fragt an, ob es Probleme mit den Asylbewerbern in Schmölln gibt und wie die Integration verläuft.

Frau Gräfe informiert, dass gegenwärtig 64 Personen aus 4 - 5 Nationalitäten, darunter eine Familie, im Heim untergebracht sind. 20 Personen sind meist unterwegs, sie dürfen sich innerhalb von Thüringen frei bewegen. Es gab bisher lediglich einmal einen Polizeieinsatz (während der Fußball-EM) wegen einer diesbezüglichen Feier. Im Heim ist es sauber und ordentlich.

Der Landrat unterbricht den öffentlichen Sitzungsteil um 16:35 Uhr und ruft den nicht öffentlichen Sitzungsteil auf.

Die öffentliche Sitzung wird um 18:25 Uhr mit TOP 3 fortgesetzt.

V-KA 43/01/2008

TOP 3 Vergabe von Lieferungen und Leistungen > 50.000,00 Euro, Gebäudeinnenreinigungsleistungen Roman Herzog-Gymnasium in 04626 Schmölln, H.-von-Helmholtz-Straße 18 und Schlossstraße 10

Der Ausschuss fasst folgenden Beschluss Nr. 53:

Der Kreisausschuss beschließt, den Auftrag für die Gebäudeinnenreinigungsleistungen am Roman-Herzog-Gymnasium, 04626 Schmölln, H.-von-Helmholtz-Straße 18 und Schlossstraße 10 an die Firma

TÜ Gebäudeservice GmbH
Am Herrmannschacht 5
06712 Zeitz

mit einer Bruttoauftragssumme in Höhe von **61.143,91 Euro** zu erteilen.

Abstimmungsergebnis:
Von den 6 beschließenden Mitgliedern des Ausschusses waren zur Abstimmung 5 Mitglieder anwesend.
Der Beschluss wurde einstimmig gefasst.

V-KA/43/02/2008

TOP 4 Vergabe von Lieferungen und Leistungen > 50.000,00 Euro, Lieferung und Einrichtung von Medienecken mit Anforderung an Schallpegel, Videoprojektoren, interaktive Whiteboards, Notebooks und Zubehör, Los 1 Medienecken, Notebooks, Zubehör

Der Ausschuss fasst den Beschluss Nr. 54.

Der Kreisausschuss beschließt, den Auftrag für die Lieferung und Einrichtung der Medienecken, Los 1 - Medienecken, Notebooks, Zubehör an die Firma

Bürosysteme Altenburg
Inhaber Stephan Hopfer
Teichstraße 30
04600 Altenburg

mit einer Bruttoauftragssumme in Höhe von **86.746,24 Euro** zu erteilen.

Abstimmungsergebnis:
Von den 6 beschließenden Mitgliedern des Ausschusses waren zur Abstimmung 5 Mitglieder anwesend.
Der Beschluss wurde einstimmig gefasst.

Der Landrat schließt die Kreisausschusssitzung um 18:28 Uhr und verabschiedet die Anwesenden.

Altenburg, den 01.10.08

Der Vorsitzende — Die Schriftführerin

Sieghardt Rydzewski
Landrat

Gudrun Benndorf
Büro des Kreistages